



Brüssel, den 25. November 2019
(OR. en)

14514/19

SOC 770
EMPL 583
GENDER 57
ANTIDISCRIM 49
SAN 484
ECOFIN 1072

VERMERK

Absender: Vorsitz
Empfänger: Delegationen

Betr.: Förderung der Sozial- und Beschäftigungspolitik im Rahmen des Europäischen Semesters: künftige Herausforderungen und Entwicklungsbedarf
– Orientierungsvermerk des Vorsitzes

Die Delegationen erhalten anbei einen Orientierungsvermerk des Vorsitzes zum oben genannten Thema im Hinblick auf die während des Mittagessens stattfindende Aussprache des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 10. Dezember 2019.

Förderung der Sozial- und Beschäftigungspolitik im Rahmen des Europäischen Semesters: künftige Herausforderungen und Entwicklungsbedarf

In der künftigen Europäischen Union müssen die politischen Beratungen auf hoher Ebene über Themen, die den Bürgerinnen und Bürgern besonders am Herzen liegen, intensiviert werden. Wir müssen wirklich die Menschen in den Mittelpunkt der gesamten Politikgestaltung der EU stellen und besser vermitteln, dass die EU auch die Sozial- und Beschäftigungspolitik mitgestaltet. Das Europäische Semester bietet hierfür ein konkretes Instrument und den Ministerinnen und Ministern einen Rahmen, um im Rat regelmäßig politische Beratungen über die soziale Lage und die Beschäftigungssituation in der Union zu führen und gemeinsam zu überlegen, wie die Herausforderungen bewältigt werden können. Eine Schärfung unseres politischen Profils würde dem Bereich Soziales und Beschäftigung im Vergleich zu den anderen Politikbereichen auch im Europäischen Rat ein größeres Gewicht verleihen, was wiederum dazu beitragen würde, den Aspekt des Wohlergehens der Menschen in der gesamten Politikgestaltung zu verstärken.

Beim Europäischen Semester geht es um die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, es ist nach wie vor das Schlüsselinstrument für die Überwachung der Fortschritte bei der Verwirklichung der in der Strategie Europa 2020 festgelegten Ziele und für die Unterstützung der Umsetzung der in der europäischen Säule sozialer Rechte verankerten Grundsätze.

In den Schlussfolgerungen des Rates zur Ökonomie des Wohlergehens vom 24. Oktober 2019 betonen die Mitgliedstaaten, wie wichtig die Durchführung horizontaler Analysen im Rahmen des Europäischen Semesters ist, um umfassende langfristige politische Perspektiven zu fördern und ausgewogene politische Empfehlungen auszusprechen. Es wird anerkannt, dass das Wohlergehen der Menschen von entscheidender Bedeutung ist, um Wirtschaftswachstum, eine langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und gesellschaftliche Stabilität zu gewährleisten.

Aus dem gemeinsamen Bewertungsbericht des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz über die Strategie Europa 2020¹ geht hervor, dass die Mitgliedstaaten den Beitrag schätzen, den das Europäische Semester zur Verfolgung der Ziele der Strategie leistet. Darüber hinaus sind sie der Ansicht, dass es die Koordinierung und Zusammenarbeit zu Fragen der Beschäftigung und des Sozialschutzes auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene verstärkt hat.

Laut dem Bericht wurde dieses Verfahren über die Jahre verbessert, es muss allerdings noch weiter daran gearbeitet werden, eine bessere Ausgewogenheit zwischen den Fragen der Beschäftigung und des Sozialschutzes und der haushaltspolitischen und makroökonomischen Koordinierung zu erreichen, damit die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten weiter verbessert wird und Wege zur Straffung des Verfahrens erkundet werden.

So hat sich gemäß dem gemeinsamen Bericht die Zusammenarbeit zwischen den Vorbereitungsgremien des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) und des Rates (Wirtschaft und Finanzen) und mit anderen wichtigen Gremien zwar verbessert, doch könnte sie noch weiterentwickelt werden, damit die Ausschüsse gleichberechtigt am Verfahren des Europäischen Semesters mitwirken können. Darüber hinaus werden in den Schlussfolgerungen zur Ökonomie des Wohlergehens der Beschäftigungsausschuss und der Ausschuss für Sozialschutz um eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Wirtschaftspolitik und anderen relevanten Vorbereitungsgremien des Rates in den Bereichen Gesundheit und Bildung ersucht, damit eine ausgewogene horizontale Analyse gewährleistet ist. Es sei darauf hingewiesen, dass mehr als die Hälfte der länderspezifischen Empfehlungen derzeit den sozialpolitischen Bereich betrifft, darunter Themen aus den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Gesundheit.

Die wichtige Rolle des Europäischen Semesters und die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen dem Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) und dem Rat (Wirtschaft und Finanzen) wurde auch auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) vom Juli 2019 hervorgehoben.

Im gemeinsamen Bewertungsbericht des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz wird zudem betont, dass eine gewisse Straffung und Vereinfachung des Verfahrens des Europäischen Semesters und seiner Instrumente zu begrüßen wären. Damit könnte auch eine breitere Öffentlichkeit für die Ergebnisse sensibilisiert werden. Die von den Ausschüssen vorgelegten Berichte sollten präziser und ihre Schlüsselbotschaften politischer sein.

¹<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=en&pubId=8256&furtherPubs=yes>

In Bezug auf die Entwicklung des Europäischen Semesters hat die gewählte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer politischen Agenda erwähnt, dass die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung künftig in das Europäische Semester einbezogen werden könnten.

Vor diesem Hintergrund werden die Ministerinnen und Minister gebeten, sich zu folgenden Fragen zu äußern:

- 1) *Welche konkreten Maßnahmen sind erforderlich, um die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten und die Umsetzung durch die Mitgliedstaaten zu verbessern und um dem Thema Beschäftigungs- und Sozialpolitik neben der Wirtschaftspolitik größeres Gewicht im Europäischen Semester zu verleihen?*
- 2) *Welche Ansicht vertreten Sie in Bezug auf die Einbeziehung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung in das Europäische Semester?*